

Im Brennglas: Nachrichtenauslese/Juni 2008

Ausgewählte Nachrichten, die zum Denken anregen

Von Marie Ringel

Italien fordert Wiedergutmachung für Zwangsarbeiter

Das Deutsche Volk wurde nach dem 2. Weltkrieg zum Prügelknaben der ganzen Welt gemacht. Die Politiker des Nachkriegs-Deutschlands haben dabei kräftig mitgeholfen, sagen sie doch nun schon seit einigen Politiker - Generationen, daß die deutsche Schuld am 2. Weltkrieg konstitutiv für das Selbstverständnis dieser Republik sei. Aber sie verwechseln ihr eigenes Selbstverständnis mit dem des deutschen Staates und der Schwulst der Formulierung unterstellt, daß ein Staat überhaupt ein Selbstverständnis haben kann. Das aber können nur die Menschen haben, die den Staat repräsentieren.

Jedenfalls muß es diese Repräsentanten des Staates eigentlich nicht verwundern, wenn 63 Jahre nach Kriegsende noch immer neue Forderungen auf Wiedergutmachung gegen Deutschland erhoben werden. Diesmal kamen sie aus Italien und den Regierenden in Berlin hat es den Atem verschlagen, denn auf den Gedanken, daß ihr eigenes Selbstverständnis solche Forderungen erst entstehen lassen, können sie in ihrer emotionalen Befangenheit gar nicht kommen.

Die Bundesregierung wies deshalb ein Urteil des römischen [Kassationsgerichtshofs](#), des obersten Zivilgerichts Italiens, als völkerrechtswidrig zurück. Das Gericht hatte mehrere Entscheidungen unterer Instanzen bestätigt, wonach sich der deutsche Staat bei Kriegsverbrechen nicht auf seine Immunität berufen dürfe.

Ein festgezurrtes Welt- und Wertebild macht Politiker immun für kausales Denken, das hat schon viele Völker ins Unglück geführt.

Wahlbeteiligung zu Dresdens OB-Wahl: 33%

Natürlich ist das ein Debakel. Keiner interessiert sich mehr für die von den Parteien nominierten „Hampelmann-Kandidaten“. Im Volk herrscht allgemeine Resignation, die sich in der ohnmächtigen Feststellung artikuliert, daß man ja nichts ändern kann, da die da oben ja ohnehin tun, was sie wollen. Und die Parteien unterscheiden sich ja nur in nebensächlichen Zielen. So wie damals bei den Blockparteien in der DDR, die hatten nur Alibi-Funktion und sollten eine Demokratie vorgaukeln.

Eigentlich sollten die Parteien den Willen des Volkes in die Tat umsetzen. Bei uns läuft es aber umgekehrt. Die Parteien formulieren ihre durch Weltanschauung oder Interessen geprägten Ziele und versuchen dann, mit allen Mitteln der Propaganda und Zuhilfenahme der Medien – über die sie zum Teil selbst verfügen, wie bei den Öffentlich Rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten – das Volk auf diese Ziele einzuschwören. Sie finanzieren sich größten Teils aus Steuermitteln der Bürger und finanzieren damit die Kampagnen, in denen sie der Bevölkerung eintrichtern, was sie für richtig und notwendig erachten.

Aber in den zentralen und lebenswichtigen Fragen wird das Volk von vornherein nicht gefragt. Dabei ist das Volk der eigentliche Souverän in einer Demokratie. Angeblich! Ob EU-Verfassung oder Lissabon-Vertrag oder auch der Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, die Politiker segnen alles ab, obwohl sie wissen, daß ihr Auftraggeber, das Volk, etwas anderes will. Und das nennen die Machthaber eine vorbildlich funktionierende Demokratie, an der sich autoritäre Staaten wie Rußland ein Beispiel nehmen sollten. Und wer sich in Deutschland darüber aufregt, wird zum Verfassungsfeind erklärt.

Doch die Verfassung zu mißachten und zu verletzen, das ist den Volksparteien in jeder Legislaturperiode gelungen, in der sie die Regierung stellten und wegen ihrer mehrheitlich verabschiedeten Gesetze vom Verfassungsgericht oder vom Bundespräsidenten zurückgewiesen worden sind. Kommen wir zurück zur OB-Wahl in Dresden. Hier haben die Parteien die Quittung für ihre Anmaßungen und die jahrzehntelange Mißachtung des Volkswillens bekommen.

Zum OB gewählt, im zweiten Wahlgang, wurde die sächsische Sozialministerin Helma [Orosz](#) (CDU), sie erhielt 64,2% der abgegebenen Stimmen. Hat sie jetzt beide Posten oder verzichtet sie auf das Ministeramt? Ganze 33 Prozent der Wahlberechtigten fanden es der Mühe wert, zur Wahl zu gehen. Somit bleibt festzustellen, daß Frau Orosz von 21,19 % der wahlberechtigten Dresdner gewählt worden ist. Natürlich wurde sie legal gewählt – nach geltendem Gesetz.

Aber eine andere Frage ist, ob diese Form der Demokratie, die vom Volk offensichtlich abgelehnt wird, wirklich noch legitim ist?

Studiengebühren – zahlen für den klammen Staat

Es ist eigentlich ein Rückfall in das 19. Jahrhundert. Die Familien müssen für das Studium ihrer Kinder bezahlen. Jedes Semester zwischen 400 und 700 Euro. Auf der anderen Seite sollen Familien und Kinder gefördert werden mit Kindergelderhöhung, Elterngeld, Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaub. Welch eine widersinnige Politik. Vor geraumer Zeit prahlten die Politiker noch, daß alle Schüler ihre Lehrbücher kostenlos vom Staat bekämen. Heute gibt es sogar Gemeinden – wie die Stadt München z.B. – die von den Studenten eine Zweitwohnungssteuer abkassieren, so wie von Eigentümern von Ferienwohnungen, die so viel Geld haben, daß sie sich eine Zweitwohnung in einer Ferienregion leisten können. Der Zweitwohnungssitz von Studenten kommt aber nicht aus dem Überfluß eines vorhandenen Einkommens oder Vermögens, er wird von jenem Staat erzwungen, der den Studenten die Studienorte zuweist, die ein Student sich heutzutage nicht mehr selbst aussuchen kann.. Oberbürgermeister Uhde und seine Partei haben diese Zweitwohnungssteuer auch in München eingeführt. Sie nennen sich sozial und handeln in Wirklichkeit asozial. Statt SPD sollte es also heißen ASPD!

Warum gibt es keine Medien, die aufgrund der Tatsachen schlicht und einfach berichten, was sie berichten müssen? Wer hat sie wohl alle gleich geschaltet? So wie damals in der DDR?

Die Deutschen sind arm geworden in den letzten 20 Jahren. Sie fragen aber nicht nach, wem sie die Armut im 21. Jahrhundert verdanken. Es sind Tribute, die wir dem Imperium und dem Globalkapitalismus zahlen und an die EU zu entrichten haben. Das Volk kuscht. In Zeiten absolutistischer Herrschaft war das anders. Da beehrte es auf gegen Ausbeutung und Verschwendungssucht der monarchischen Herrscher. Doch gegen wen sollen sie heute aufbegehren? Gegen sich selbst? Sie wählen ja die Parteigänger, von denen sie danach regiert werden. Und bei der nächsten Wahl haben sie wieder die gleiche Auswahl. Sie unterscheiden sich nur in sekundären und tertiären Zielen, die zentralen Lebensfragen sind für die Blockparteien ein Tabu. Das wird auf Dauer so nicht gut gehen.

Jetzt hat man die Studiengebühr in [Hessen](#) wieder abgeschafft. Das Parlament hat dies mit der Stimmenmehrheit der „Hellroten“, der „Dunkelroten“ und der „Grünen“ getan. Der Hessische Ministerpräsident, Roland Koch, hat die Entscheidung im ersten Anlauf hämisch zurückgewiesen, weil die Abgeordneten einen Formfehler begangen hatten. Der ließ sich natürlich schnell ausbügeln.

Die Häme kann den Roland jetzt seinen Ministersessel kosten. Er schweißt mit seinem Verhalten zusammen, was angeblich nicht zusammengehen will.

Parteienporz bei Ämtervergabe – wie gehabt

Er heißt Peter [Hintze](#) und ist eigentlich von Beruf evangelischer Pfarrer. Doch der Beruf scheint ihm nicht gefallen zu haben, also ging er in die Politik. Jetzt will ihn die Bundeskanzlerin nach Brüssel schicken. Er soll Nachfolger von Günther Verheugen werden.

Der war schon einmal Generalsekretär bei der FDP. Dann hat er das Parteibuch gewechselt (1982) und wurde Genosse bei der SPD. Die hat ihm den Posten als EU-Kommissar verschafft (1999). Dort machte er sich stark für den EU-Beitritt der Türkei. Dann wechselte er das Ressort und wurde zuständig für die Industrie- und Unternehmenspolitik und Stellvertreter des Kommissionspräsidenten Barroso. Jetzt geht er in den Ruhestand, schließlich will er sein von Arbeit angestregtes Leben auch einmal genießen, wie man aus Pressemitteilungen der vergangenen 2 Jahre erfahren konnte. Wer in der Bundesrepublik ein Parteibuch besitzt, der kann und erreicht einfach alles.

Auch die Parteibuchkarriere des Peter Hintze ist ähnlich „bewundernswert“. Er war schon stellvertretender RCDS-Vorsitzender, Kommunalpolitiker, Bundesbeauftragter für den Zivildienst, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises und stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Nordrhein-Westfalen, bevor er das Glückslos zog und 1991 Parlamentarischer Staatssekretär bei der vier Jahre jüngeren Bundesjugendministerin Merkel wurde. Nachdem diese Bundeskanzlerin geworden war, machte sie ihn zum Staatssekretär im Wirtschaftsministerium.

Und so hatte nun der Wirtschaftsminister ,ein gelernter Müller , einen Staatssekretär – einen gelernter Pastor – und so hatte auch eine Kanzlerin ein Wirtschaftsministerium, von dem das Kanzleramt keinerlei Einmischung in die eigene Kompetenz befürchten mußte, hatte man doch dort mit den Kompetenzproblemen selbst genug zu tun. Ein Verfahren übrigens, nach dem die inkompetenten Dienststellenleiter im Beamtenapparat gerne bei der Stellenvergabe verfahren, wenn sie befürchten müssen, daß ein Bewerber allzuviel Sachkompetenz mitbringen könnte. So regiert es sich halt einfacher. Deshalb muß man sich nicht wundern, wenn sowohl im Beamtenapparat als auch in der Politik in den „oberen Positionen“ Personen sitzen, die den an sie gestellten Anforderungen nicht gerecht werden können.

Jetzt wird also der Herr Pastor einen neuen Lebens- und Aufgabenbereich bekommen, in dem er seine Fähigkeiten zum Wohle der europäischen Völker und Staaten weiter entwickeln kann.